

Worauf wir uns konzentrieren müssen

Professor Dr.-Ing. Kienast über die wichtigsten Aufgaben, die gegenwärtig vor der Hochschule stehen

Herr Prof. Dr.-Ing. Kienast, Direktor des Institutes für Fertigungstechnik, Mitglied des Forschungsrates, entsprach unserer Bitte und legte uns dar, worauf wir unsere Arbeit setzen

Wir wünschen von ganzem Herzen den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Wo Frieden herrscht, gedeiht der Handel, und wo gehandelt wird, bestehen und entwickeln sich friedliche Beziehungen. Wir wollen also nicht, daß der innerdeutsche Handel zum Erliegen kommt, wir wollen aber auch nicht, daß die eigene Wirtschaft willkürlichen Maßnahmen ausgesetzt wird und unsere Produktion dadurch in Schwierigkeiten gerät. Infolgedessen müssen wir ohne den innerdeutschen Handelsverkehr zu drosseln, andererseits alles tun, um zu vermeiden, daß wir eines Tages einem Zwang ausgesetzt sind.

Auch unsere Aufgabe

Das ist eine Aufgabe, die nicht nur vor der Industrie steht, sondern auch vor uns als Wissenschaftler.

Was ist zu tun? Wir sollten neben dem Ausschöpfen der eigenen noch stärker die Möglichkeiten des sozialistischen Lagers berücksichtigen und bei unseren Projekten von vornherein in Betracht ziehen.

Unsere Technische Hochschule ist ein Teil unserer Wirtschaft, und die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben müssen auf die Pläne dieser Wirtschaft konzentriert werden, das heißt, bestimmte Probleme müssen vorrangig behandelt werden, damit notwendige Strukturveränderungen in unserer Wirtschaft schnell durchgeführt werden können.

An meinem Institut werden wir alle Arbeiten daraufhin prüfen und die Lösung der in diesem Zusammenhang dringlichsten Aufgaben mit Nachdruck forcieren.

Man muß bedenken, daß sich einschneidende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur nicht übers Knie brechen lassen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß solche Verschiebungen Schwierigkeiten mit sich bringen. Andererseits gilt es, sich bewußt zu machen, was wir dabei gewinnen: den Frieden. Und er ist jede Anstrengung und jedes Opfer wert.

Schwerpunkt Erziehungsarbeit

In der Erziehungsarbeit sehe ich als Hochschullehrer deshalb einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir müssen es verstehen, unsere Studenten und Hochschulangehörigen zu lehren, über den Tag hinaus an die Zukunft zu denken, ihnen zu zeigen, wo die echte Perspektive nicht nur auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet, sondern auch im moralisch-ethischen Bereich liegt. Ich bin der Auffassung, daß unsere Publikationsorgane noch zu wenig an Hand von Beispielen gerade auf die moralische Zersetzung in der Bundesrepublik hinweisen. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. So unterschlug ein gewisser Dr. Lemke, der in verantwortlicher Stellung eines westdeutschen Großbetriebes tätig war, eine Million Westmark. Dafür wurde er lediglich mit 6 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 10 000 Westmark belegt!

Die Einwirkung auf unsere Studenten und die Orientierung und Konzentrierung auf die Erfüllung der neuen Auf-

gaben sind von meinem Standpunkt aus gesehen die Schwerpunkte unserer Arbeit. Wir müssen die Erziehungsarbeit und die Leitungstätigkeit weiter verbessern, um das Bewußtsein jedes einzelnen zu schärfen für die Verantwortung dem Ganzen gegenüber."



Unsere Diskussion:

In vier Jahren zum Dr.-Ing.

Von Dr.-Ing. F. Meißner

Der Zeitraum von vier Jahren erscheint für die Promotion unserer Assistenten durchaus angemessen. Wenn die Praxis bisher zeigte, daß nur ein Teil der Assistenten zur Promotion gelangt und ein noch kleinerer innerhalb von vier Jahren, so muß man die Ursachen dafür ergründen und Möglichkeiten zur Überwindung dieses unbefriedigenden Zustandes suchen.

Zunächst sollen hier die bei der bisherigen in der „Hochschulzeitung“ geführten Diskussion erwähnten Argumente und Vorschläge zusammengefaßt werden.

Als Ursache für die relativ kleine Zahl von Promotionen wurde angeführt:

1. Den Assistenten fehlt es am nötigen Willen zu promovieren.
2. Die Assistenten sind nicht bereit, ihre Freizeit für die Promotion zu verwenden.
3. Es wird zu viel nebenberufliche Tätigkeit ausgeübt.
4. Überlastung durch Vorlesungen und Übungen.
5. Zersplitterung der Kräfte durch Bearbeitung zu vieler Themen.

Zur Unterstützung der Doktoranden durch den Lehrstuhlinhaber wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Beratung und Lenkung bei der Wahl des Themas, Anleitung durch Konsultationen.
2. Einbeziehung der Dissertation in die Forschungsaufgaben des Instituts, wobei nach Möglichkeit Forschungsaufgaben der Industrie gelöst werden sollten; gegebenenfalls durch komplexe Behandlung in mehreren Dissertationen.
3. Möglichst gleichmäßige Auslastung der Assistenten mit Institutsaufgaben.
4. Regelmäßige Assistentenberatungen, auf denen jeweils ein Doktorand über den Stand seiner Arbeit berichtet und durch die kollektive Kritik weitere Anregungen erhält.
5. Die Kontrolle der Arbeit durch den Hochschullehrer gewährleistet, daß sich der Doktorand nicht zu stark durch andere Aufgaben von der Dissertation ablenken läßt.

Nach den unserer Kommission zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bisher vorliegenden Untersuchungsergebnissen besteht für viele Assistenten die Hauptschwierigkeit darin, bei ihrem Hochschullehrer die Bereitschaft zur Betreuung der Dissertation zu finden. Das wird sich wahrscheinlich in der Zukunft in dem Maße ändern, wie die Professoren durch den inzwischen herangewachsenen Nachwuchs entlastet werden.

Zur Förderung der Promotionstätigkeit durch die Hochschulorgane und gesellschaftlichen Einrichtungen wurde gefordert:

1. Entlastung der Doktoranden von übermäßiger gesellschaftlicher und organisatorischer Tätigkeit.
2. Jedes Jahr soll durch einen Mitarbeiter des Prorektors mit dem Doktoranden ein Entwicklungsgespräch unter Teilnahme des Hochschullehrers geführt werden.
3. Unterstützung in der Wohnraumfrage.
4. Zwecks Entlastung des einzelnen Assistenten Erweiterung des Lehrkörpers.
5. Beurteilung der gesellschaftlichen Tätigkeit nach den Auswirkungen dieser Tätigkeit auf die Praxis.
6. Wenn der Perspektivplan des Assistenten ein Mittel zur Sicherung und Beschleunigung der Ausbildung sein soll, darf dessen Abfassung nicht nach einem starren Schema erfolgen und muß als Grundlage für das unter Punkt 2 geforderte Gespräch dienen. Dieser Plan sollte möglichst zeitig aufgestellt werden.

Aus den bisherigen Diskussionsbeiträgen geht schließlich hervor, daß zur Förderung der Promotionstätigkeit an einigen Instituten den Assistenten wöchentlich ein Tag, oder an anderer Stelle eine zusammenhängende Zeit von einem Semester ausschließlich zur Bearbeitung ihrer Dissertation zur Verfügung gestellt wird.

Selbstverständlich wird trotz aller Hilfsmaßnahmen der eigenen Initiative jedes Assistenten nach wie vor die größte Bedeutung zukommen.

Den „unpolitischen“ Weg zu Ende gegangen

Die „wehrtechnischen“ Ambitionen des Herrn Burkhardt vom VDI

Schon wiederholt haben wir uns gezwungen, auf die Rolle des Vereins deutscher Ingenieure (VDI) als eines Handlagers der westdeutschen Imperialisten und Militaristen hinzuweisen. Auch die Wissenschaftler unserer Hochschule setzen sich immer stärker mit den revanchistischen und reaktionären Tendenzen in der Entwicklung des VDI auseinander, wie z. B. ein kürzlich von Prof. Dr.-Ing. H. Peschel gehaltenen Rundfunkvortrag beweist. Nun zwingt uns ein Artikel, der in Heft 22/1961 der VDI-Nachrichten veröffentlicht wurde, wiederum auf diese gefährliche, die Interessen des Friedens, unserer Nation und aller Naturwissenschaftler bedrohende Entwicklung hinzuweisen.

Seit einigen Jahren wird von uns immer wieder auf die verhängnisvolle Bindung des Vereins deutscher Ingenieure (VDI) an die Herrschaft des deutschen Monopolkapitals und dessen militaristisch-revanchistische Politik aufmerksam gemacht.

Diese Tatsachen, zu denen fast jede neue Ausgabe der VDI-Organen neues Material liefert, hatten die ideologischen Wortführer im VDI vor einiger Zeit in den VDI-Nachrichten mit der einfachen Behauptung zu „widerlegen“ versucht, daß der VDI „politische und religiöse Neutralität“ übe und „auf gar keinen Fall einer Ideologie“ diene.

Die Ideologen des VDI „vergaßen“ hierbei allerdings, daß von den Funktionen des Vereins selbst die Forderung kam: „Es erscheint uns zu wenig, nur gute Techniker zu sein. Unsere Ingenieurgesellschaft glaubt, sich intensiv mit Fragen befassen zu müssen, die... weit außerhalb der täglichen Aufgabenstellung liegen...“ So der ehemalige Vorsitzende des VDI H. Goeschel. Und der jetzige Vorsitzende A. F. Flender ruft in der Zeit der schrankenlos betriebenen atomaren Aufrüstung die westdeutschen Ingenieure auf, sich ihrer „staatspolitischen Aufgaben“ bewußt zu sein.

In den ersten Jahren nach 1945 kam der VDI in seinen ideologischen Publikationen dem Bedürfnis des westdeutschen Monopolkapitals insofern entgegen, als er die Kriegsursachen und Kriegsschuldigen im Dunkeln beließ und der konkreten Fragestellung durch irrationale Fabulierungen auswich. Danach kam das Bekenntnis zum „freien Westen“, zum Wiedererlangen des westdeutschen Imperialismus und zum Kampf gegen den „totalitären Osten“. Dem folgte die Unterstützung des neokolonialistischen Expansionsstrebens des westdeutschen Monopolkapitals. Wir sehen, der VDI war immer im Bilde.

Wunderwirtschaftsminister Erhardt, Atomminister Balke von den IG-Farben, Pöhl, Henle, Wirsing und andere Vertreter des militaristischen Bonner Systems sind die ideologischen Wortführer des VDI, die es sich seinerzeit leisten konnten, die Göttinger 18, die aus nationaler Verantwortung gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands auftraten, abzukanzeln, ohne daß ein Wort des Protestes in den VDI-Organen laut geworden wäre. Die Zustimmung vieler westdeutscher Ingenieure, Mitglieder des VDI, zur verantwortungsbewussten Erklärung der Göttinger, fand kein Echo in den Zeitschriften, die angeblich die Interessen der westdeutschen Ingenieure vertreten, und hier handelte es sich um Lebensinteressen.

Jetzt setzt jedoch dem allen das mehrfache Aufsichtsratsmitglied westdeutscher Konzerne, Arthur Burkhardt, die

Krone auf mit dem Artikel „Der Ingenieur und die Landesverteidigung“ (VDI-Nachrichten 1961, Nr. 22, Seite 5). Burkhardt ist unzufrieden mit den westdeutschen Ingenieuren, weil sie in ihrer überwältigenden Mehrzahl kein Interesse zeigen für die verbretcherische atomare Aufrüstung der Bonner Ultras. Weil sie nicht geneigt sind, unter dem Kommando des Herrn Strauß „Forschungs“-Aufträge auszuführen. Burkhardt versucht in hinterhältiger Weise, die westdeutschen Ingenieure mit dem „Argument“ kirre zu machen, daß die „Wehrtechnik“, wie er sich auszudrücken beliebt, die technische Entwicklung zu allen Zeiten rasch vorangebracht habe. Das Wort Aufrüstung kennt Burkhardt nicht. Es spielt in seinem und seiner Auftraggeber Denken keine Rolle. Für ihn kommt es nur darauf an, die westdeutschen Ingenieure von ihrem gefährlichen „Ohne-mich-Standpunkt“ abzubringen.

Soweit kommt es nicht

Alles für die atomare Aufrüstung der Bonner Ultras: sich der Wehrtechnik widmen, neue Vernichtungswaffen für die westdeutschen Militaristen schaffen; sich gegen die „rote Flut aus dem Osten“ wenden à la Hitler – das verkünden die politisch Beauftragten des VDI durch den Mund von Herrn Burkhardt.

Wir möchten hier darauf hinweisen; daß der VDI für seine Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Hitler-Krieges von der Anti-Hitler-Koalition seinerzeit als verbretcherische Organisation verurteilt worden ist.

Soll es wieder soweit kommen? Das darf nicht geschehen! Das wird nicht geschehen durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Die Zeiten haben sich geändert. Die westdeutschen Militaristen werden durch unser aller Anstrengungen gebändigt werden.

Benützen wir unsere Verbindungen; um allen westdeutschen Ingenieuren die Gefährlichkeit und die Abenteuerlichkeit der Politik der Bonner Ultras und ihrer Beauftragten im VDI vor Augen zu führen, damit sie mit uns gemeinsam den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten fordern, der den Frieden und das Glück unseres Volkes für alle Zeiten sichert.

M. Ruhnow,
Sekretär der HPE

Um ein Vielfaches erhöht

(Fortsetzung von Seite 1)

des Institutes für Fernmeldetechnik gehören, wurde die Sache in Angriff genommen, da man das Institut um Unterstützung gebeten hatte.

Es wurde zunächst ein Versuch unternommen. Bereits dieser erste Versuch gelang. Die Apparatur besteht aus zwei Teilen. In einer Kondensatorbatterie mit Lade- und Steuereinrichtung wird die primäre Schweißenergie gespeichert. Die Entladung erfolgt über einen Impuls-Transformator mit mehreren Primär-, aber nur einer Sekundärwicklung, über die die Schweißung erfolgt. Fünf Schweißungen erfolgen gleichzeitig, und diese Schweißstellen weisen keine Unterschiede auf. Diese Gleichmäßigkeit ist bei der Anwendung dieses Prinzips bedingt durch die dosierte Schweißenergie. Aller fünf bis zehn Sekunden läßt sich der Schweißvorgang wiederholen.

Es ergibt sich also eine außerordentliche Arbeitsleistung bei guter konstanter Qualität. Für dieses Prinzip gibt es zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten; unter anderem bei der Produktion von Elektronenröhren, Glühlampen und Zündkerzen.

Das besonders Erfreuliche ist, daß der technische Leiter der VVB Bauelemente dafür sorgt, daß schnellstens die Produktion eines solchen Gerätes aufgenommen wird.

HZ-kaleidoskop

Eine Umfrage unter den Unterzeichnern der „Göttinger Erklärung“ aus dem Jahre 1957 erbrachte das Ergebnis, daß die Wissenschaftler auch heute noch zu ihrer Warnung vor einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik stehen.

Die drei Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg bekennen sich auch heute uneingeschränkt zu ihrer damaligen Erklärung. Prof. Rudolf Fleischmann bemerkt, daß viele unserer Politiker seinerzeit auf der Schule nichts von Naturwissenschaften und Biologie gehört haben, daher stehen sie den Warnungen der Naturwissenschaftler verständnislos gegenüber...“ (Zitat aus der Münchner „Deutschen Woche“ vom 12. Juli 1961.)

UNSER FEUILLETON

Gedenkliches

Westberlin besitzt neben der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, der George-Washington-Gedächtnisbibliothek, der Königin-Luise-Gedächtniskirche und dem Gedächtnis-schwund seines „Regierendes“ neuerdings auch ein „Lutbrücken-Gedenkstipendium“. „Kauft du was – denk an Berlin!“ werden sich die Besatzerkommandanten gesagt und so ihr inneres Widerstreben vor solch diffizilen Fragen der Kulturpolitik überwinden haben. Denn eigentlich bringt der Tiburtius das ja viel besser!

„Die drei westalliierten Kommandanten werden heute um 12 Uhr in einer Feierstunde 14 Westberlinern Lutbrücken-Gedenkstipendien überreichen“, meldete die „Berliner Morgenpost“ am 15. Juli 1961.

So werden demnächst wohl 14 Jung-Siegfrieds in alle Welt hinauswandern und in Tötung kommunistischer Lindwürmer angelernt werden. Wir können es den jungen Recken nachhühen; wenn sie im kommenden Jahr Heimweh ver-

spüren – nach dem Kurtürstendamm, der kleinen Uhr am Bahnhof Zoo und den reizenden Cream-Hills, die nur noch den Fall Rouge kennen. Doch der Fall Rot erfordert nicht nur Rekruten, sondern auch Lutbrücken-köpfe!

Es wäre auch dringend zu empfehlen, daß die jungen Herren sich das für den hörnerigen Siegfried typische dicke Fell zulegen. Wer weiß, wozu man es noch brauchen kann. Die Zukunft ist düster. Nach ihrer Rückkehr wird Westberlin tiefste Provinz sein, die nicht einmal dem extraordinären Talent des Herrn Lemmer Wirkungsmöglichkeiten bietet. Man hat es ja nie an die große (Freiheits-) Glocke gehängt, aber immerhin der KGU-Chef Tillich hat sich schon vor über zwei Jahren abgesetzt. Er wurde Theologieprofessor am Harvard-College. Vielleicht sehen sich die Jünglinge einmal nach etwas Ähnlichem um? An Reverenzen soll es unsererseits nicht fehlen.

H.-J. Braun

Reserven aufgedeckt

Komplexbrigade half Elektromaschinenbau

Am 15. Juli wurde das erste vom Institut für Rechnungswesen und Finanzen organisierte Komplexpraktikum im Sachsenwerk Dresden-Niedersedlitz beendet. Zwar ist die Auswertung des umfangreichen Zahlenmaterials noch nicht abgeschlossen, doch läßt sich bereits heute sagen, daß diesem ersten Versuch ein voller Erfolg beschieden war. Das ist jedenfalls die übereinstimmende Meinung der betreuenden Institute, des Praktikumsbetriebes und nicht zuletzt der Studenten selbst. So konnte dem Studentenkollektiv durch das Institut für Arbeitsökonomie und Arbeitsschutzforschung, von dem die Anregung zu den Untersuchungen ausgeht, bereits eine ansehnliche Prämie übergeben werden. Der Betrieb selbst hat eine weitere Prämierung vorgeschlagen.

Über einige Mängel bei der Durchführung des Praktikums wurde bereits kurz berichtet. Die Schlußfolgerungen für die Betreuung der Studenten, die daraus gezogen werden können, lassen sich in der Hauptsache in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der Praktikanten ist die gute Vorbereitung des Praktikums. Diese Vorbereitung muß wesentlich umfangreicher sein als bei den traditionellen Formen des Praktikums. In Zusammenarbeit mit dem Betrieb muß ein möglichst detailliertes Arbeitsprogramm aufgestellt werden, wobei vor allem darauf zu achten ist, daß sämtliche benötigten Betriebsunterlagen dann zur Verfügung stehen müssen, wenn sie gebraucht werden.

2. Die Praktikanten müssen während ihrer Arbeit vom Leitinstitut laufend betreut werden. Wo möglich, ist außerdem zu veranlassen, daß ein Mitarbeiter des Betriebes ständig an der Arbeit teilnimmt. Dies ist nicht nur vorteilhaft für die Studenten, für die dadurch viel Leerlauf vermieden wird, sondern auch für den Praktikumsbetrieb selbst, der ja (das ist wohl die Hauptsache) die Aufgabe hat, die Schlußfolgerungen aus den Untersuchungsergebnissen zu ziehen.

Sechs Wochen lang arbeiteten drei Studenten der Fakultät für Ingenieurökonomie (Maschinenbau), zwei Studenten der Fakultät für Technologie (Fertigungstechnik) und zwei Studenten des Industrie-Instituts an dem Thema „Die Abhängigkeit der Kosten hochproduktiver Anlagen von der Kapazitätsausnutzung und vom Schichtregime“ in der Einheitsmotorenfabrik des Sachsenwerkes.

Welche Reserven gerade durch die ungenutzte Ausnutzung hochmechanisierter und automatisierter Anlagen unserer Volkswirtschaft und damit letztlich in allen verlorengehen, mag folgendes kleine Beispiel aus der Arbeit des Kollektivs beweisen. Die automatische Transfer-Stanzstraße, ein Erzeugnis der Firma Grimar, Paris, das uns wertvolle Devisen gekostet hat, könnte bei voller Auslastung ein Vielfaches seiner jetzigen Produktion bringen. An Möglichkeiten zur Kooperation fehlt es nicht. Wenn man bedenkt, daß diese Anlage in jeder Stunde, die sie nicht genutzt wird, allein 80 DM an konstanten Kosten verursacht (wobei diese Zahl bei der Unzulänglichkeit der vorhandenen Unterlagen eher zu niedrig als zu hoch ist), erhält man nur eine ungefähre Vorstellung von den Werten, die stündlich unserer Wirtschaft verlorengehen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch an anderen untersuchten Anlagen, zwei französischen Stanzautomaten und zwei automatischen Wellenstraßen; Objekten, die einige Millionen DM gekostet haben. Höchste Zeit also, gründliche Änderungen zu treffen.

Im Ergebnis der Untersuchungen konnte ein System von Maßnahmen erarbeitet werden, durch das die Arbeitsorganisation in der Einheitsmotorenfabrik und damit die Ausnutzung der vorhandenen Maschinenkapazität wesentlich günstiger gestaltet wird. Zwar liegen konkrete Zahlen über den ökonomischen Nutzen dieser Maßnahmen heute noch nicht vor, doch kann man bereits jetzt erkennen, daß unserer Volkswirtschaft auf diesem Wege große Reserven erschlossen werden.

Diplomingenieurökonom Wagner,
wissenschaftlicher Assistent